

Ausgabe
in deutscher Sprache

Rechtsvorschriften

Inhalt

I Veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte

- ★ **Verordnung (EG) Nr. 149/96 des Rates vom 22. Dezember 1995 zur Verlängerung der Geltungsdauer des vorläufigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren bestimmter Rohrformstücke, Rohrverschlußstücke und Rohrverbindungsstücke aus Eisen oder Stahl mit Ursprung in der Volksrepublik China, Kroatien und Thailand** 1
- Verordnung (EG) Nr. 150/96 der Kommission vom 29. Januar 1996 über die Lieferung von Pflanzenöl im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe 2
- ★ **Verordnung (EG) Nr. 151/96 der Kommission vom 29. Januar 1996 betreffend bestimmte Sondermaßnahmen zur Stützung des belgischen Schweinefleischmarktes** 9
- ★ **Verordnung (EG) Nr. 152/96 der Kommission vom 29. Januar 1996 zur neunten Änderung der Verordnung (EG) Nr. 3146/94 mit Sondermaßnahmen zur Stützung des Schweinemarktes in Deutschland** 11
- Verordnung (EG) Nr. 153/96 der Kommission vom 29. Januar 1996 zur Festlegung pauschaler Einfuhrwerte für die Bestimmung der im Sektor Obst und Gemüse geltenden Einfuhrpreise 12
- Verordnung (EG) Nr. 154/96 der Kommission vom 29. Januar 1996 zur Änderung der im Zuckersektor für bestimmte Erzeugnisse geltenden repräsentativen Preise und zusätzlichen Einfuhrzölle 14
- Verordnung (EG) Nr. 155/96 der Kommission vom 29. Januar 1996 zur Änderung der Ausfuhrerstattungen für Milch und Milcherzeugnisse 16
- Verordnung (EG) Nr. 156/96 der Kommission vom 29. Januar 1996 zur Änderung der Ausfuhrerstattungen für Getreide, Mehle, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen oder Roggen 18

Kommission

96/97/EG :

- * Entscheidung der Kommission vom 12. Januar 1996 zur Änderung der Entscheidung 92/452/EWG betreffend die Listen der für die Ausfuhr von Rinderembryonen in die Gemeinschaft zugelassenen Embryo-Entnahmeeinheiten und Embryo-Erzeugungseinheiten in Drittländern (!) 20

96/98/EG :

- * Entscheidung der Kommission vom 12. Januar 1996 über eine Finanzhilfe der Gemeinschaft zum Betrieb des gemeinschaftlichen Referenzlaboratoriums für bestimmte Fischkrankheiten (Statens Veterinære Serumlaboratorium, Århus, Dänemark) 23

96/99/EG :

- * Entscheidung der Kommission vom 12. Januar 1996 über eine Finanzhilfe der Gemeinschaft zum Betrieb des gemeinschaftlichen Referenzlaboratoriums für die Geflügelpest (Central Veterinary Laboratory, Addlestone, Vereinigtes Königreich) 24

96/100/EG :

- * Entscheidung der Kommission vom 12. Januar 1996 über eine Finanzhilfe der Gemeinschaft zum Betrieb des gemeinschaftlichen Referenzlaboratoriums zur Durchführung von Analysen und Tests bei Milch und Erzeugnissen auf Milchbasis (Laboratoire Central d'Hygiène Alimentaire, Paris, Frankreich) 25

96/101/EG :

- * Entscheidung der Kommission vom 12. Januar 1996 über eine Finanzhilfe der Gemeinschaft zum Betrieb des gemeinschaftlichen Referenzlaboratoriums für Zoonosen-Epidemiologie (Bundesinstitut für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärmedizin — vormals „Institut für Veterinärmedizin“ genannt — Berlin, Deutschland)..... 26

96/102/EG :

- * Entscheidung der Kommission vom 12. Januar 1996 über eine Finanzhilfe der Gemeinschaft zum Betrieb des gemeinschaftlichen Referenzlaboratoriums für die Newcastle-Krankheit (Central Veterinary Laboratory, Addlestone, Vereinigtes Königreich) 27

Berichtigungen

- * Berichtigung der Verordnung (EG) Nr. 3223/94 der Kommission vom 21. Dezember 1994 mit Durchführungsbestimmungen zur Einfuhrregelung für Obst und Gemüse (ABl. Nr. L 337 vom 24. 12. 1994) 28

(!) Text von Bedeutung für den EWR

I

(Veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte)

VERORDNUNG (EG) Nr. 149/96 DES RATES

vom 22. Dezember 1995

zur Verlängerung der Geltungsdauer des vorläufigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren bestimmter Rohrformstücke, Rohrverschlußstücke und Rohrverbindungsstücke aus Eisen oder Stahl mit Ursprung in der Volksrepublik China, Kroatien und Thailand

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 3283/94 des Rates vom 22. Dezember 1994 über den Schutz gegen gedumpte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Gemeinschaft gehörenden Ländern⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 23,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2423/88 des Rates vom 11. Juli 1988 über den Schutz gegen gedumpte oder subventionierte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gehörenden Ländern⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 11,

auf Vorschlag der Kommission,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Mit der Verordnung (EG) Nr. 2318/95 der Kommission⁽³⁾ wurde ein vorläufiger Antidumpingzoll auf die Einfuhren bestimmter Rohrformstücke, Rohrverschlußstücke und Rohrverbindungsstücke aus Eisen oder Stahl mit Ursprung in der Volksrepublik China, Kroatien und Thailand eingeführt.

Die Sachaufklärung ist noch nicht abgeschlossen, und die Kommission hat die bekanntermaßen betroffenen

Ausführer von ihrer Absicht in Kenntnis gesetzt, eine Verlängerung der Geltungsdauer des vorläufigen Zolls um zwei Monate vorzuschlagen.

Die Ausführer erhoben dagegen keine Einwände —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Die Geltungsdauer des vorläufigen Antidumpingzolls, der mit der Verordnung (EG) Nr. 2318/95 auf die Einfuhren bestimmter Rohrformstücke, Rohrverschlußstücke und Rohrverbindungsstücke aus Eisen oder Stahl mit Ursprung in der Volksrepublik China, Kroatien und Thailand eingeführt wurde, wird um zwei Monate bis zum 4. April 1996 verlängert. Sie endet jedoch vor Ablauf dieses Zeitraums, wenn der Rat vorher endgültige Maßnahmen erläßt oder das Verfahren gemäß Artikel 9 der Verordnung (EWG) Nr. 2423/88 eingestellt wird.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu Brüssel am 22. Dezember 1995.

Im Namen des Rates

Der Präsident

L. ATIENZA SERNA

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 349 vom 31. 12. 1994, S. 1. Verordnung zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1251/95 (AbI. Nr. L 122 vom 2. 6. 1995, S. 1).

⁽²⁾ ABl. Nr. L 209 vom 2. 8. 1988, S. 1. Verordnung zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 522/94 (AbI. Nr. L 66 vom 10. 3. 1994, S. 10).

⁽³⁾ ABl. Nr. L 234 vom 3. 10. 1995, S. 4.

VERORDNUNG (EG) Nr. 150/96 DER KOMMISSION

vom 29. Januar 1996

über die Lieferung von Pflanzenöl im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 3972/86 des Rates
vom 22. Dezember 1986 über die Nahrungsmittelhilfe-
politik und -verwaltung⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die
Verordnung (EWG) Nr. 1930/90⁽²⁾, insbesondere auf
Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe c),

in Erwägung nachstehender Gründe :

Mit der Verordnung (EWG) Nr. 1420/87 des Rates vom
21. Mai 1987 zur Festlegung von Durchführungsbestim-
mungen zu der Verordnung (EWG) Nr. 3972/86 über die
Nahrungsmittelhilfepolitik und -verwaltung⁽³⁾ wurde die
Liste der für die Nahrungsmittelhilfe in Betracht
kommenden Länder und Organisationen und der für die
Beförderung der Nahrungsmittellieferung über die fob-
Stufe hinaus geltenden allgemeinen Kriterien festgelegt.

Die Kommission hat infolge mehrerer Beschlüsse über
die Nahrungsmittelhilfe bestimmten Begünstigten 11 271
Tonnen Pflanzenöl zugeteilt.

Diese Bereitstellungen erfolgen nach der Verordnung
(EWG) Nr. 2200/87 der Kommission vom 8. Juli 1987
über allgemeine Durchführungsbestimmungen für die
Bereitstellung und Lieferung von Waren im Rahmen der
Nahrungsmittelhilfe der Gemeinschaft⁽⁴⁾, geändert durch
die Verordnung (EWG) Nr. 790/91⁽⁵⁾. Zu diesem Zweck
sollten insbesondere die Lieferfristen und -bedingungen
sowie das Verfahren zur Bestimmung der sich daraus
ergebenden Kosten genauer festgelegt werden.

Da für eine bestimmte Partie nur kleine Mengen zu
liefern sind, sollte unter Berücksichtigung der Art der

Verpackung und der Vielzahl von Bestimmungsorten die
Möglichkeit vorgesehen werden, daß die Bieter zwei,
gegebenenfalls nicht ein und demselben Hafengebiet
zugehörige Verladehäfen angeben —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe der Gemeinschaft
wird Pflanzenöl bereitgestellt zur Lieferung an die in den
Anhängen aufgeführten Begünstigten gemäß der Verord-
nung (EWG) Nr. 2200/87 zu den in den Anhängen aufge-
führten Bedingungen. Die Zuteilung der Lieferungen
erfolgt im Wege der Ausschreibung.

Die Lieferung betrifft die Bereitstellung von in der
Gemeinschaft erzeugtem Pflanzenöl. Die zu liefernden
Waren dürfen nicht im Rahmen des aktiven Veredelungs-
verkehrs hergestellt und/oder aufgemacht worden sein.

In dem die Partien A und D betreffenden Gebot dürfen
abweichend von Artikel 7 Absatz 3 Buchstabe d) der
Verordnung (EWG) Nr. 2200/87 zwei, nicht notwendiger-
weise ein und demselben Hafengebiet zugehörige Verla-
dehäfen angegeben werden.

Es wird davon ausgegangen, daß der Zuschlagsempfänger
die geltenden allgemeinen und besonderen Geschäftsbe-
dingungen kennt und akzeptiert. Andere in seinem
Angebot enthaltene Bedingungen oder Vorbehalte gelten
als nicht geschrieben.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentli-
chung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften*
in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 29. Januar 1996

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 370 vom 30. 12. 1986, S. 1.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 174 vom 7. 7. 1990, S. 6.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 136 vom 26. 5. 1987, S. 1.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 204 vom 25. 7. 1987, S. 1.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 81 vom 28. 3. 1991, S. 108.

ANHANG I

PARTIE A

1. **Maßnahmen Nrn. (1)**: Siehe Anhang II
2. **Programm**: 1995
3. **Begünstigter (2)**: Euronaid, PO Box 12, NL-2501 CA Den Haag, Nederland; Telefon: (31-70) 330 57 57; Telefax: 364 17 01; Telex: 30960 EURON NL
4. **Vertreter des Begünstigten (1)**: Vom Begünstigten zu benennen
5. **Bestimmungsort oder -land**: Siehe Anhang II
6. **Bereitzustellendes Erzeugnis**: raffiniertes Rapsöl
7. **Merkmale und Qualität der Ware (3) (7)**: Siehe ABl. Nr. C 114 vom 29. 4. 1991, S. 1 (unter III A 1 a)
8. **Gesamtmenge**: 465 Tonnen netto
9. **Anzahl der Partien**: 1 (Siehe Anhang II)
10. **Aufmachung und Kennzeichnung (4) (6)**: Siehe ABl. Nr. C 114 vom 29. 4. 1991, S. 1 (unter III A 2.1, III A 2.3 und III A 3)
 - 5-Liter-Blechdosen, ohne über Kreuz angeordnete Trennstücke aus Karton
 - Kennzeichnung in folgender Sprache: Siehe Anhang II
11. **Art der Bereitstellung des Erzeugnisses**: Bereitstellung von in der Gemeinschaft erzeugtem raffiniertem Rapsöl. Die zu liefernden Waren dürfen nicht im Rahmen des aktiven Veredelungsverkehrs hergestellt und/oder aufgemacht worden sein
12. **Lieferstufe**: frei Verschiffungshafen (8)
13. **Verschiffungshafen**: —
14. **Vom Begünstigten bezeichneter Löschhafen**: —
15. **Löschhafen**: —
16. **Anschrift des Lagers und gegebenenfalls des Löschhafens**: —
17. **Zeitraum der Bereitstellung im Verschiffungshafen**: 11. — 31. 3. 1996
18. **Lieferfrist**: —
19. **Verfahren zur Feststellung der Lieferkosten (4)**: Ausschreibung
20. **Frist für die Angebotsabgabe**: 13. 2. 1996, 12 Uhr (Brüsseler Zeit)
21. **Im Fall einer zweiten Ausschreibung**:
 - a) Frist für die Angebotsabgabe: 27. 2. 1996, 12 Uhr (Brüsseler Zeit)
 - b) Zeitraum für die Bereitstellung im Verschiffungshafen: 25. 3. — 14. 4. 1996
 - c) Lieferfrist: —
22. **Höhe der Ausschreibungsgarantie**: 15 ECU/Tonne
23. **Höhe der Lieferungsgarantie**: 10 % des Angebotsbetrags, ausgedrückt in Ecu
24. **Anschrift für die Abgabe des Angebots und der Ausschreibungsgarantie (1)**:

Bureau de l'aide alimentaire, à l'attention de Monsieur T. Vestergaard, bâtiment Loi 130, bureau 7/46, Rue de la Loi/Wetstraat 200, B-1049 Bruxelles/Brussel (Achtung! Neue Nummern: Telex: 25670 AGREC B; Fax: (32-2) 296 70 03 / 296 70 04)
25. **Erstattung auf Antrag des Zuschlagsempfängers**: —

PARTIEN B, C, D und E

1. **Maßnahmen Nrn. (¹):** Siehe Anhang II
2. **Programm :** 1995
3. **Begünstigter (²):** World Food Programme, Via Cristoforo Colombo 426, I-00145 Rom ; Tel. : (39-6) 57 97 ; Telex : 626675 WFP I
4. **Vertreter des Begünstigten :** Vom Begünstigten zu benennen
5. **Bestimmungsort oder -land :** Siehe Anhang II
6. **Bereitzustellendes Erzeugnis :** raffiniertes Rapsöl
7. **Merkmale und Qualität der Ware (³) (⁴) :** Siehe ABl. Nr. C 114 vom 29. 4. 1991, S. 1 (unter III A 1 a))
8. **Gesamtmenge :** 6 650 Tonnen netto
9. **Anzahl der Partien :** 4 (Siehe Anhang II)
10. **Aufmachung und Kennzeichnung (⁵) :** Siehe ABl. Nr. C 114 vom 29. 4. 1991, S. 1 (unter III A 2.1, III A 2.3 und III A 3)
 - 5-Liter-Blechdosen — ohne über Kreuz angeordnete Trennstücke aus Karton, in Containern von 20 Fuß
 - Kennzeichnung in folgender Sprache : Siehe Anhang II
 - Ergänzende Aufschriften : „Expiry date...“ (Partie E)
11. **Art der Bereitstellung des Erzeugnisses :** Bereitstellung von in der Gemeinschaft erzeugtem raffiniertem Rapsöl. Die zu liefernden Waren dürfen nicht im Rahmen des aktiven Veredelungsverkehrs hergestellt und/oder aufgemacht worden sein
12. **Lieferstufe :** frei Verschiffungshafen (⁶)
13. **Verschiffungshafen :** —
14. **Vom Begünstigten bezeichneter Löschhafen :** —
15. **Löschhafen :** —
16. **Anschrift des Lagers und gegebenenfalls des Löschhafens :** —
17. **Zeitraum der Bereitstellung im Verschiffungshafen :** 18. 3. — 7. 4. 1996
18. **Lieferfrist :** —
19. **Verfahren zur Feststellung der Lieferkosten (⁷) :** Ausschreibung
20. **Frist für die Angebotsabgabe :** 13. 2. 1996, 12 Uhr (Brüsseler Zeit)
21. **Im Fall einer zweiten Ausschreibung :**
 - a) Frist für die Angebotsabgabe : 27. 2. 1996, 12 Uhr (Brüsseler Zeit)
 - b) Zeitraum für die Bereitstellung im Verschiffungshafen : 1. — 21. 4. 1996
 - c) Lieferfrist : —
22. **Höhe der Ausschreibungsgarantie :** 15 ECU/Tonne
23. **Höhe der Lieferungsgarantie :** 10 % des Angebotsbetrags, ausgedrückt in Ecu
24. **Anschrift für die Abgabe des Angebots und der Ausschreibungsgarantie (⁸) :** Bureau de l'aide alimentaire, à l'attention de Monsieur T. Vestergaard, bâtiment Loi 130, bureau 7/46, 200, rue de la Loi/Wetstraat, B-1049 Bruxelles/Brussel (Achtung! Neue Nummern : Telex : 25670 AGREC B ; Fax : (32-2) 296 70 03 / 296 70 04)
25. **Erstattung auf Antrag des Zuschlagsempfängers :** —

PARTIEN F, G, H, I und K

1. **Maßnahmen Nrn. (1)**: Siehe Anhang II
2. **Programm**: 1995
3. **Begünstigter (2)**: World Food Programme, Via Cristoforo Colombo 426, I-00145 Rom; Tel.: (39-6) 57 97; Telex: 626675 WFP I
4. **Vertreter des Begünstigten**: Vom Begünstigten zu benennen
5. **Bestimmungsort oder -land (3)**: Siehe Anhang II
6. **Bereitzustellendes Erzeugnis**: raffiniertes Rapsöl
7. **Merkmale und Qualität der Ware (3) (7)**: Siehe ABl. Nr. C 114 vom 29. 4. 1991, S. 1 (unter III A 1 a)
8. **Gesamtmenge**: 2 696 Tonnen netto
9. **Anzahl der Partien**: 5 (Siehe Anhang II)
10. **Aufmachung und Kennzeichnung (6) (10)**: Siehe ABl. Nr. C 114 vom 29. 4. 1991, S. 1 (unter III A 2.1, III A 2.3 und III A 3)
 - 5-Liter-Blechdosen — ohne über Kreuz angeordnete Trennstücke aus Karton
 - Kennzeichnung in folgender Sprache: Siehe Anhang II
11. **Art der Bereitstellung des Erzeugnisses**: Bereitstellung von in der Gemeinschaft erzeugtem raffiniertem Rapsöl. Die zu liefernden Waren dürfen nicht im Rahmen des aktiven Veredelungsverkehrs hergestellt und/oder aufgemacht worden sein
12. **Lieferstufe**: frei Löschhafen — gelöscht
13. **Verschiffungshafen**: —
14. **Vom Begünstigten bezeichneter Löschhafen**: —
15. **Löschhafen**: Siehe Anhang II
16. **Anschrift des Lagers und gegebenenfalls des Löschhafens**: —
17. **Zeitraum der Bereitstellung im Verschiffungshafen im Fall eines Zuschlags für eine Lieferung frei Verschiffungshafen**: Partien F, G, H und K: 11. — 24. 3. 1996; Partie I: 18. — 31. 3. 1996
18. **Lieferfrist**: Partien F, G, H und K: 14. 4. 1996; Partie I: 28. 4. 1996
19. **Verfahren zur Feststellung der Lieferkosten (4)**: Ausschreibung
20. **Frist für die Angebotsabgabe**: 13. 2. 1996, 12 Uhr (Brüsseler Zeit)
21. **Im Fall einer zweiten Ausschreibung**:
 - a) Frist für die Angebotsabgabe: 27. 2. 1996, 12 Uhr (Brüsseler Zeit)
 - b) Zeitraum für die Bereitstellung im Verschiffungshafen im Fall eines Zuschlags für eine Lieferung frei Verschiffungshafen: Partien F, G, H und K: 25. 3. — 7. 4. 1996; Partie I: 1. — 14. 4. 1996
 - c) Lieferfrist: Partien F, G, H und K: 28. 4. 1996; Partie I: 12. 5. 1996
22. **Höhe der Ausschreibungsgarantie**: 15 ECU/Tonne
23. **Höhe der Lieferungsgarantie**: 10 % des Angebotsbetrags, ausgedrückt in Ecu
24. **Anschrift für die Abgabe des Angebots und der Ausschreibungsgarantie (1)**: Bureau de l'aide alimentaire, à l'attention de Monsieur T. Vestergaard, bâtiment Loi 130, bureau 7/46, 200, rue de la Loi/Wetstraat, B-1049 Bruxelles/Brussel (Achtung! Neue Nummern: Telex: 25670 AGREC B; Fax: (32-2) 296 70 03 / 296 70 04
25. **Erstattung auf Antrag des Zuschlagsempfängers**: —

PARTIEN L und M

1. **Maßnahmen Nrn. (1)**: Siehe Anhang II
2. **Programm**: 1995
3. **Begünstigter (2)**: World Food Programme, Via Cristoforo Colombo 426, I-00145 Rom; Tel.: (39-6) 57 97; Telex: 626675 WFP I
4. **Vertreter des Begünstigten**: Vom Begünstigten zu benennen
5. **Bestimmungsort oder -land (3)**: Siehe Anhang II
6. **Bereitzustellendes Erzeugnis**: raffiniertes Rapsöl
7. **Merkmale und Qualität der Ware (3) (7)**: Siehe ABl. Nr. C 114 vom 29. 4. 1991, S. 1 (unter III A 1 a)
8. **Gesamtmenge**: 1 460 Tonnen netto
9. **Anzahl der Partien**: 2 (Siehe Anhang II)
10. **Aufmachung und Kennzeichnung (6) (10)**: Siehe ABl. Nr. C 114 vom 29. 4. 1991, S. 1 (unter III A 2.1, III A 2.3 und III A 3)
 - 5-Liter-Blechdosen — ohne über Kreuz angeordnete Trennstücke aus Karton
 - Kennzeichnung in folgender Sprache: Siehe Anhang II
11. **Art der Bereitstellung des Erzeugnisses**: Bereitstellung von in der Gemeinschaft erzeugtem raffiniertem Rapsöl. Die zu liefernden Waren dürfen nicht im Rahmen des aktiven Veredelungsverkehrs hergestellt und/oder aufgemacht worden sein
12. **Lieferstufe**: frei Bestimmungsort
13. **Verschiffungshafen**: —
14. **Vom Begünstigten bezeichneter Löschhafen**: —
15. **Löschhafen**: —
16. **Anschrift des Lagers und gegebenenfalls des Löschhafens**: WFP's warehouse in: Siehe Anhang II
17. **Zeitraum der Bereitstellung im Verschiffungshafen im Fall eines Zuschlags für eine Lieferung frei Verschiffungshafen**: 18. — 31. 3. 1996
18. **Lieferfrist**: 5. 5. 1996
19. **Verfahren zur Feststellung der Lieferkosten (4)**: Ausschreibung
20. **Frist für die Angebotsabgabe**: 13. 2. 1996, 12 Uhr (Brüsseler Zeit)
21. **Im Fall einer zweiten Ausschreibung**:
 - a) Frist für die Angebotsabgabe: 27. 2. 1996, 12 Uhr (Brüsseler Zeit)
 - b) Zeitraum für die Bereitstellung im Verschiffungshafen im Fall eines Zuschlags für eine Lieferung frei Verschiffungshafen: 1. — 14. 4. 1996
 - c) Lieferfrist: 19. 5. 1996
22. **Höhe der Ausschreibungsgarantie**: 15 ECU/Tonne
23. **Höhe der Lieferungsgarantie**: 10 % des Angebotsbetrags, ausgedrückt in Ecu
24. **Anschrift für die Abgabe des Angebots und der Ausschreibungsgarantie (1)**: Bureau de l'aide alimentaire, à l'attention de Monsieur T. Vestergaard, bâtiment Loi 130, bureau 7/46, 200, rue de la Loi/Wetstraat, B-1049 Bruxelles/Brussel (Achtung! Neue Nummern: Telex: 25670 AGREC B; Fax: (32-2) 296 70 03 / 296 70 04)
25. **Erstattung auf Antrag des Zuschlagsempfängers**: —

Vermerke :

- (1) Die Nummer der Maßnahme ist im gesamten Schriftverkehr anzugeben.
- (2) Der Zuschlagsempfänger tritt mit dem Begünstigten baldmöglichst zur Bestimmung der erforderlichen Versandbescheinigungen in Verbindung.
- (3) Der Zuschlagsempfänger übergibt dem Begünstigten eine von einer amtlichen Stelle stammende Bescheinigung, aus der hervorgeht, daß die in dem betreffenden Mitgliedstaat geltenden Normen betreffend die Kernstrahlung für die zu liefernde Ware nicht überschritten worden sind. In der Bescheinigung über die radioaktive Belastung ist der Gehalt an Cäsium 134 und 137 und an Jod 131 anzugeben.
- (4) Artikel 7 Absatz 3 Buchstabe g) der Verordnung (EWG) Nr. 2200/87 ist nicht auf die Einreichung der Angebote anwendbar.
- (5) Vom Zuschlagsempfänger zu kontaktierende Vertretung der Kommission : ABl. Nr. C 114 vom 29. 4. 1991, S. 33.
- (6) Die Aufschrift erhält, abweichend von ABl. Nr. C 114, Punkt III A 3 c), folgende Fassung : „Europäische Gemeinschaft“.
- (7) Der Zuschlagsempfänger überreicht dem Empfänger oder seinem Vertreter bei der Lieferung ein Gesundheitszeugnis.
Artikel 13 Ziffer 2 zweiter Unterabsatz der Verordnung (EWG) Nr. 2200/87 ist nicht anwendbar.
Der Zuschlagsempfänger muß dem Empfänger eine vollständige Ladeliste eines jeden Containers übermitteln, in der die Anzahl Blechdosen aufgeführt ist, die zu jeder in der Ausschreibungsbekanntmachung aufgeführten Verladenummer gehören. Der Zuschlagsempfänger verstaut die Kartons in den Containern ohne Zwischenraum und befestigt die letzte Kartonreihe mit Gurten.
Der Zuschlagsempfänger muß jeden Container mit einer nummerierten Plombe verschließen (Sysko Lock-tainer 180 seal), deren Nummer dem Spediteur des Begünstigten mitgeteilt wird.
- (8) In dem die Partien A und D betreffenden Gebot dürfen abweichend von Artikel 7 Absatz 3 Buchstabe d) der Verordnung (EWG) Nr. 2200/87 zwei, nicht notwendigerweise ein und demselben Hafengebiet zugehörige Verladehäfen angegeben werden.
- (9) In Containern von 20 Fuß zu liefern. Die Container müssen mindestens 15 Tage lang frei verwendet werden dürfen.
- (10) Der Lieferant sendet ein Duplikat der Originalrechnung an : Willis Corroon Scheuer, Postbus 1315, NL-1000 BH Amsterdam.

ANEXO II — BILAG II — ANHANG II — ΠΑΡΑΡΤΗΜΑ II — ANNEX II — ANNEXE II — ALLEGATO II — BIJLAGE II —
ANEXO II — LIITE II — BILAGA II

Lote Parti Partie Παρτίδα Lot Lot Lotto Partij Lote Erä Parti	Cantidad total (en toneladas) Totalmængde (tons) Gesamtmenge (in Tonnen) Συνολική ποσότητα (σε τόνους) Total quantity (in tonnes) Quantité totale (en tonnes) Quantità totale (in tonnellate) Totale hoeveelheid (in ton) Quantidade total (em toneladas) Kokonaismäärä (tonnia) Total kvantitet (ton)	Cantidades parciales (en toneladas) Delmængde (tons) Teilmengen (in Tonnen) Μερικές ποσότητες (σε τόνους) Partial quantities (in tonnes) Quantités partielles (en tonnes) Quantitativi parziali (in tonnellate) Deelhoeveelheden (in ton) Quantidades parciais (em toneladas) Osittaismäärä (tonnia) Delkvantitet (ton)	Acción nº Aktion nr. Maßnahme Nr. Δράση αριθ. Operation No Action nº Azione n. Maatregel nr. Acção nº Toimi N:o Aktion nr	País de destino Bestemmelsesland Bestimmungsland Χώρα προορισμού Country of destination Pays de destination Paese di destinazione Land van bestemming País de destino Määrämaa Bestämmelsland	Lengua que se debe utilizar en la rotulación Mærkning på følgende sprog Kennzeichnung in folgender Sprache Γλώσσα που πρέπει να χρησιμοποιηθεί για τη σήμανση Language to be used for the marking Langue à utiliser pour le marquage Lingua da utilizzare per la marcatura Taal te gebruiken voor de opschriften Língua a utilizar na rotulagem Merkinnässä käytettävä kieli Märkning på följande språk
A	465	330 90 15 30	559/95 (A1) 581/95 (A2) 592/95 (A3) 593/95 (A4)	Zimbabwe Madagascar Madagascar Madagascar	English Français Français Français
B	2 200	200 2 000	477/95 (B1) 479/95 (B2)	Angola Angola	Português Português
C	1 400	1 000 400	478/95 (C1) 480/95 (C2)	Ethiopia Ethiopia	English English
D	1 650	650 1 000	557/95 558/95	Kenya Moçambique	English Português
E	1 400		422/95	Sudan	English
F	140		481/95	Jordan (Aqaba)	English
G	281		476/95	Tunisie (Rades)	Français
H	175	114 61	424/95 (H1) 594/95 (H2)	Cabo Verde (Praia) Cabo Verde (Mindelo)	Português Português
I	2 000		428/95	Nicaragua (Corinto)	Español
K	100		489/95	Kenya (Mombasa)	English
L	60		488/95	Malawi (Lilongwe)	English
M	1 400	576 324 400 100	490/95 (M1) 490/95 (M2) 490/95 (M3) 490/95 (M4)	Ethiopia (Kembolcha) Ethiopia (Nazareth) Ethiopia (Mekele) Ethiopia (Sheshemane)	English English English English

VERORDNUNG (EG) Nr. 151/96 DER KOMMISSION

vom 29. Januar 1996

betreffend bestimmte Sondermaßnahmen zur Stützung des belgischen Schweinefleischmarktes

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 2759/75 des Rates vom 29. Oktober 1975 über die gemeinsame Marktorganisation für Schweinefleisch⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3290/94⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 20,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Aufgrund des Auftretens der klassischen Schweinepest in einigen Erzeugungsgebieten Belgiens haben die belgischen Behörden gemäß der Richtlinie 80/217/EWG des Rates vom 22. Januar 1980 über die Maßnahmen der Gemeinschaft zur Bekämpfung der klassischen Schweinepest⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Akte über den Beitritt Österreichs, Finnlands und Schwedens, viehseuchenrechtliche Maßnahmen erlassen. Außerdem wurden mit der Verordnung (EG) Nr. 3337/93 der Kommission⁽⁴⁾, aufgehoben durch die Verordnung (EG) Nr. 2303/94⁽⁵⁾, für diesen Mitgliedstaat Sondermaßnahmen zur Stützung des Schweinefleischmarktes beschlossen.

Gegenstand dieser außerordentlichen Stützungsmaßnahmen, die vom 22. November 1993 bis zum 27. September 1994 zur Anwendung kamen, war der Ankauf lebender Schweine aus der Schutzzone durch die belgischen Behörden und ihre Verarbeitung zu nicht für die menschliche Ernährung bestimmten Erzeugnissen.

Im Dezember 1993 führten die belgischen Veterinärbehörden Ankäufe lebender Schweine aus der Schutzzone in der Region Wingene durch, die einen besonders dichten Schweinebestand aufweist. Im Zuge der Bekämpfung der Ausbreitung der klassischen Schweinepest war der freie Handelsverkehr mit diesen Schweinen eingeschränkt worden ; die Ankäufe trugen dazu bei, schwerwiegende Störungen auf dem belgischen Schweinemarkt zu verhin-

dern. Die Schweine wurden auf die gleiche Weise verarbeitet, wie es in der Verordnung (EG) Nr. 3337/93 vorgesehen war.

Durch das Auftreten und die Bekämpfung der klassischen Schweinepest in den Erzeugungsgebieten Flanderns wurden die Behörden über einen längeren Zeitraum stark in Anspruch genommen, so daß es nicht möglich war, kurzfristig jeweils die genaue Art der Ankäufe aus der Region Wingene zu klären und zu entscheiden, ob es sich hierbei um Veterinärmaßnahmen oder um Sondermaßnahmen zur Marktstützung handelte. Wegen dieser Verzögerungen konnten die Ankäufe nicht mehr in die Stützungsmaßnahmen der zwischenzeitlich aufgehobenen Verordnung (EG) Nr. 3337/93 einbezogen werden.

Da sich diese Ankäufe ebenso günstig auf den Markt ausgewirkt haben wie die Maßnahmen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 3337/93, ist es gerechtfertigt, sie den Sondermaßnahmen zur Marktstützung gemäß der Verordnung (EG) Nr. 3337/93 gleichzustellen und das in ihr vorgesehene Finanzierungsverfahren anzuwenden.

Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsausschusses für Schweinefleisch —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

(1) Der im Dezember 1993 durchgeführte Ankauf von 58 047 lebenden Schweinen aus der Region Wingene durch die belgischen Veterinärbehörden wird als Sondermaßnahme zur Marktstützung angesehen.

(2) Die Kosten für den Ankauf 40 633 lebender Schweine werden vom Gemeinschaftshaushalt übernommen.

(3) Die Kosten für den Ankauf 17 414 lebender Schweine werden vom nationalen Haushalt übernommen.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 282 vom 1. 11. 1975, S. 1.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 349 vom 31. 12. 1994, S. 105.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 47 vom 21. 2. 1980, S. 11.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 299 vom 4. 12. 1993, S. 23.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 251 vom 27. 9. 1994, S. 5.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 29. Januar 1996

Für die Kommission
Franz FISCHLER
Mitglied der Kommission

VERORDNUNG (EG) Nr. 152/96 DER KOMMISSION

vom 29. Januar 1996

zur neunten Änderung der Verordnung (EG) Nr. 3146/94 mit Sondermaßnahmen zur Stützung des Schweinemarktes in Deutschland

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Gemeinschaft,gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2759/75 des Rates
vom 29. Oktober 1975 über die gemeinsame Marktorgani-
sation für Schweinefleisch⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die
Verordnung (EG) Nr. 3290/94⁽²⁾, insbesondere auf Artikel
20,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Wegen des Auftretens der klassischen Schweinepest in
einigen Erzeugungsgebieten Deutschlands wurden mit
der Verordnung (EG) Nr. 3146/94 der Kommission⁽³⁾,
zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2950/
95⁽⁴⁾, außerordentliche Maßnahmen zur Stützung des
deutschen Schweinefleischmarkts getroffen.Es ist notwendig, die bei der Abgabe von Tieren gewährte
Beihilfe an die gegenwärtige Marktlage anzupassen, wobei
dem Anstieg der Marktpreise ab dem 15. Januar 1996
Rechnung zu tragen ist.Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 29. Januar 1996

Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen
entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsaus-
schusses für Schweinefleisch —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

*Artikel 1*Artikel 5 der Verordnung (EG) Nr. 3146/94 wird wie folgt
geändert :

1. In Absatz 1 werden die Beträge „140 ECU“ und „119
ECU“ durch „148 ECU“ und „126 ECU“ ersetzt.
2. In Absatz 3 werden die Beträge „40 ECU“, „34 ECU“,
„32 ECU“ und „27 ECU“ durch „53 ECU“, „45 ECU“,
„42 ECU“ und „36 ECU“ ersetzt.
3. In Absatz 4 wird der Betrag „112 ECU“ durch „118
ECU“ ersetzt.

*Artikel 2*Diese Verordnung tritt am Tag ihrer Veröffentlichung im
Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften in Kraft.

Sie gilt ab dem 15. Januar 1996.

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission⁽¹⁾ ABl. Nr. L 282 vom 1. 11. 1975, S. 1.⁽²⁾ ABl. Nr. L 349 vom 31. 12. 1994, S. 105.⁽³⁾ ABl. Nr. L 332 vom 22. 12. 1994, S. 23.⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 308 vom 21. 12. 1995, S. 39.

VERORDNUNG (EG) Nr. 153/96 DER KOMMISSION

vom 29. Januar 1996

zur Festlegung pauschaler Einfuhrwerte für die Bestimmung der im Sektor Obst und Gemüse geltenden Einfuhrpreise

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 3223/94 der
Kommission vom 21. Dezember 1994 mit Durchfüh-
rungsbestimmungen zu der Regelung der Einfuhr von
Obst und Gemüse ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verord-
nung (EG) Nr. 2933/95 ⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 4
Absatz 1,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 3813/92 des
Rates vom 28. Dezember 1992 über die Rechnungseinheit
und die im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik anzu-
wendenden Umrechnungskurse ⁽³⁾, zuletzt geändert durch
die Verordnung (EG) Nr. 150/95 ⁽⁴⁾, insbesondere auf
Artikel 3 Absatz 3,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die in Anwendung der Ergebnisse der multilateralen
Handelsverhandlungen der Uruguay-Runde von der

Kommission festzulegenden, zur Bestimmung der
pauschalen Einfuhrwerte zu berücksichtigenden Kriterien
sind in der Verordnung (EG) Nr. 3223/94 für die in
ihrem Anhang angeführten Erzeugnisse und Zeiträume
festgelegt.

In Anwendung der genannten Kriterien sind die im
Anhang zur vorliegenden Verordnung ausgewiesenen
pauschalen Einfuhrwerte zu berücksichtigen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Die in Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 3223/94
genannten pauschalen Einfuhrwerte sind in der Tabelle
im Anhang zur vorliegenden Verordnung festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 30. Januar 1996 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 29. Januar 1996

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 337 vom 24. 12. 1994, S. 66.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 307 vom 20. 12. 1995, S. 21.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 387 vom 31. 12. 1992, S. 1.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 22 vom 31. 1. 1995, S. 1.

ANHANG

zu der Verordnung der Kommission vom 29. Januar 1996 zur Festlegung pauschaler
Einfuhrwerte für die Bestimmung der im Sektor Obst und Gemüse geltenden
Einfuhrpreise

(ECU/100 kg)			(ECU/100 kg)			
KN-Code	Drittland-Code (!)	Pauschaler Einfuhrpreis	KN-Code	Drittland-Code (!)	Pauschaler Einfuhrpreis	
0702 00 15	052	59,6	0805 20 13, 0805 20 15, 0805 20 17, 0805 20 19	052	64,5	
	060	80,2		464	202,0	
	064	59,6		600	103,9	
	066	41,7		624	74,5	
	068	62,3		999	111,2	
	204	56,2		0805 30 20	052	72,1
	208	44,0			204	45,8
	212	97,3			388	67,5
	624	133,2			400	48,9
	999	70,5			512	54,8
0707 00 10	052	111,6	0808 10 51, 0808 10 53, 0808 10 59	520	66,5	
	053	175,0		524	100,8	
	060	61,0		528	87,1	
	066	53,8		600	81,3	
	068	104,8		624	57,1	
	204	144,3		999	68,2	
	624	191,3		052	64,0	
	999	120,3		064	78,6	
0709 10 10	220	451,7	388	39,2		
	999	451,7	400	75,5		
0709 90 71	052	139,0	404	61,1		
	204	77,5	508	68,4		
	412	54,2	512	51,2		
	624	241,6	524	57,4		
	999	128,1	528	48,0		
0805 10 01, 0805 10 05, 0805 10 09	052	38,5	0808 20 31	624	86,5	
	204	36,8		728	107,3	
	208	68,2		800	78,0	
	212	37,7		804	21,0	
	220	61,2		999	64,3	
	388	40,5		052	86,3	
	436	41,6		064	72,5	
	448	33,4		388	97,8	
	600	37,6		400	92,0	
	624	53,7		512	89,7	
	999	44,9		528	84,1	
	0805 20 11	052		44,9	624	79,0
		204		71,9	728	115,4
624		94,2	800	55,8		
999		70,3	804	112,9		
			999	88,6		

(!) Nomenklatur der Länder gemäß Verordnung (EG) Nr. 3079/94 der Kommission (ABl. Nr. L 325 vom 17. 12. 1994, S. 17). Der Code „999“ steht für „Verschiedenes“.

VERORDNUNG (EG) Nr. 154/96 DER KOMMISSION

vom 29. Januar 1996

zur Änderung der im Zuckersektor für bestimmte Erzeugnisse geltenden repräsentativen Preise und zusätzlichen Einfuhrzölle

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1785/81 des
Rates vom 30. Juni 1981 über die gemeinsame Markt-
organisation für Zucker⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die
Verordnung (EG) Nr. 1101/95⁽²⁾,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1423/95 der
Kommission vom 23. Juni 1995 mit Durchführungsbe-
stimmungen zur Einfuhr von Erzeugnissen des Zucker-
sektors außer Melasse⁽³⁾, geändert durch die Verordnung
(EG) Nr. 2528/95⁽⁴⁾, insbesondere auf Artikel 1 Absatz 2
zweiter Unterabsatz und Artikel 3 Absatz 1,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die bei der Einfuhr von Weißzucker, Rohzucker und
bestimmtem Sirup zu berücksichtigenden repräsentativen
Preise und zusätzlichen Einfuhrzölle wurden durch die
Verordnung (EG) Nr. 1568/95 der Kommission⁽⁵⁾, zuletzt

geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 114/96⁽⁶⁾, fest-
gesetzt.

Die Anwendung der mit der Verordnung (EG)
Nr. 1423/95 erlassenen Festsetzungsbestimmungen auf
die Angaben, die der Kommission vorliegen, hat die
Änderung der geltenden Beträge gemäß dem Anhang zur
vorliegenden Verordnung zur Folge —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Die bei der Einfuhr der in Artikel 1 der Verordnung (EG)
Nr. 1423/95 genannten Erzeugnisse anzuwendenden
repräsentativen Preise und zusätzlichen Zölle sind im
Anhang festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 30. Januar 1996 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 29. Januar 1996

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 177 vom 1. 7. 1981, S. 4.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 110 vom 17. 5. 1995, S. 1.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 141 vom 24. 6. 1995, S. 16.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 258 vom 28. 10. 1995, S. 50.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 150 vom 1. 7. 1995, S. 36.

⁽⁶⁾ ABl. Nr. L 19 vom 25. 1. 1996, S. 31.

ANHANG

zu der Verordnung der Kommission vom 29. Januar 1996 zur Änderung der bei der Einfuhr von Weißzucker, Rohzucker und der Erzeugnisse des KN-Codes 1702 90 99 anwendbaren repräsentativen Preise und zusätzlichen Zölle

(in ECU)

KN-Code	Repräsentativer Preis je 100 kg Eigengewicht	Zusätzlicher Zoll je 100 kg Eigengewicht
1701 11 10 ⁽¹⁾	25,73	3,57
1701 11 90 ⁽¹⁾	25,73	8,67
1701 12 10 ⁽¹⁾	25,73	3,43
1701 12 90 ⁽¹⁾	25,73	8,24
1701 91 00 ⁽²⁾	30,33	10,07
1701 99 10 ⁽²⁾	30,33	5,55
1701 99 90 ⁽²⁾	30,33	5,55
1702 90 99 ⁽³⁾	0,30	0,35

⁽¹⁾ Festsetzung für die Standardqualität gemäß Artikel 1 der geänderten Verordnung (EWG) Nr. 431/68 des Rates (ABl. Nr. L 89 vom 10. 4. 1968, S. 3).

⁽²⁾ Festsetzung für die Standardqualität gemäß Artikel 1 der Verordnung (EWG) Nr. 793/72 des Rates (ABl. Nr. L 94 vom 21. 4. 1972, S. 1).

⁽³⁾ Festsetzung pro 1 % Saccharosegehalt.

VERORDNUNG (EG) Nr. 155/96 DER KOMMISSION

vom 29. Januar 1996

zur Änderung der Ausfuhrerstattungen für Milch und Milcherzeugnisse

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 804/68 des Rates
vom 27. Juni 1968 über die gemeinsame Marktorganisa-
tion für Milch und Milcherzeugnisse⁽¹⁾, zuletzt geändert
durch die Verordnung (EG) Nr. 2931/95⁽²⁾, insbesondere
auf Artikel 17 Absatz 3,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die Erstattungen, die bei der Ausfuhr von Milch und
Milcherzeugnissen anzuwenden sind, wurden durch die
Verordnung (EG) Nr. 133/96 der Kommission⁽³⁾ festge-
setzt.

Bei der Anwendung der in der Verordnung (EG) Nr.
133/96 erneut angeführten Durchführungsbestimmungen
auf die der Kommission vorliegenden Angaben sollte
unter Berücksichtigung des finnischen Antrags und, wenn
es sich um ein und dieselbe Bestimmung handelt, für die
Erzeugnisse der Erzeugnis-Codes 0406 90 08 100, 0406

90 09 100, 0406 90 14 100, 0406 90 16 100 und 0406
90 37 000 die für Emmentaler der Erzeugnis-Code 0406
90 07 000 und 0406 90 12 000 vorgesehene Erstattung
berücksichtigt werden. Die bei der Ausfuhr der im
Anhang zu dieser Verordnung angeführten Erzeugnisse
anzuwendenden Erstattungen sind wie dort angegeben zu
ändern —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Die in Artikel 17 der Verordnung (EWG) Nr. 804/68
genannten und durch die Verordnung (EG) Nr. 133/96
festgesetzten Ausfuhrerstattungen für Erzeugnisse in
unverändertem Zustand werden für die im Anhang
genannten Erzeugnisse auf die dort angegebenen Beträge
geändert.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 30. Januar 1996 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 29. Januar 1996

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 148 vom 28. 6. 1968, S. 13.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 307 vom 20. 12. 1995, S. 10.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 20 vom 26. 1. 1996, S. 44.

ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 29. Januar 1996 zur Änderung der Ausfuhrerstattungen für Milch und Milcherzeugnisse

(ECU/100 kg Eigengewicht, wenn nicht anders angegeben)

Erzeugniscode	Bestimmung (*)	Betrag der Erstattungen (**)
0406 90 08 100	028	—
	037	—
	039	—
	400	114,29
	404	—
	...	130,27
0406 90 09 100	028	—
	037	—
	039	—
	400	114,29
	404	—
	...	130,27
0406 90 14 100	028	—
	037	—
	039	—
	400	114,29
	404	—
	...	130,27
0406 90 16 100	028	—
	037	—
	039	—
	400	114,29
	404	—
	...	130,27
0406 90 37 000	028	—
	037	—
	039	—
	400	114,29
	404	—
	...	130,27

(*) Die Bestimmungscodenummern sind die, welche im Anhang der Verordnung (EG) Nr. 3079/94 (ABl. Nr. L 325 vom 17. 12. 1994, S. 17) der Kommission angegeben wurden.

Für die anderen als die jeweils einem „Erzeugniscode“ entsprechenden Bestimmungen ist der mit „...“ gekennzeichnete Betrag der Erstattung anzuwenden.

Ist keine Bestimmung („+“) angegeben, so sind die Beträge der Erstattung bei der Ausfuhr nach allen anderen als den in Artikel 1 Absatz 2 genannten Bestimmungen anwendbar.

(**) Die für die Ausfuhr nach der Föderativen Republik Jugoslawien (Serbien und Montenegro) vorgesehenen Erstattungen dürfen nur unter Einhaltung der mit der geänderten Verordnung (EWG) Nr. 990/93 und der Verordnung (EG) Nr. 2815/95 festgelegten Bedingungen gewährt werden.

NB: Die die Erzeugnisse betreffenden Codes sowie die Verweisungen und Fußnoten sind durch die geänderte Verordnung (EWG) Nr. 3846/87 der Kommission (ABl. Nr. L 366 vom 24. 12. 1987, S. 1) bestimmt.

VERORDNUNG (EG) Nr. 156/96 DER KOMMISSION
vom 29. Januar 1996
zur Änderung der Ausfuhrerstattungen für Getreide, Mehle, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen oder Roggen

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 des Rates vom 30. Juni 1992 über die gemeinsame Marktorganisation für Getreide⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1863/95 der Kommission⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 13 Absatz 2 vierter Unterabsatz,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die Erstattungen, die bei der Ausfuhr von Getreide, Mehl, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen oder Roggen anzuwenden sind, wurden durch die Verordnung (EG) Nr. 129/96 der Kommission⁽³⁾, geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 148/96⁽⁴⁾, festgesetzt.

Die Anwendung der in der Verordnung (EG) Nr. 129/96 enthaltenen Modalitäten auf die Angaben, über welche die Kommission gegenwärtig verfügt, führt dazu, daß die gegenwärtig geltenden Ausfuhrerstattungen entsprechend dem Anhang zu dieser Verordnung zu ändern sind.

Die mit Artikel 1 der Verordnung (EWG) Nr. 3813/92 des Rates⁽⁵⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 150/95⁽⁶⁾, festgelegten repräsentativen Marktkurse

werden bei der Umrechnung der in den Drittlandswährungen ausgedrückten Beträge berücksichtigt. Außerdem werden sie bei der Bestimmung der den Währungen der Mitgliedstaaten entsprechenden landwirtschaftlichen Umrechnungskurse zugrunde gelegt. Die für diese Umrechnungen erforderlichen Durchführungsbestimmungen wurden mit der Verordnung (EWG) Nr. 1068/93 der Kommission⁽⁷⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2853/95⁽⁸⁾, erlassen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Die Erstattungen bei der Ausfuhr der in Artikel 1 Buchstaben a), b) und c) der Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 genannten Erzeugnisse im ursprünglichen Zustand, die im Anhang der geänderten Verordnung (EG) Nr. 129/96 festgesetzt sind, werden gemäß dem Anhang zu dieser Verordnung für die dort angegebenen Erzeugnisse abgeändert.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 30. Januar 1996 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 29. Januar 1996

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 181 vom 1. 7. 1992, S. 21.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 179 vom 29. 7. 1995, S. 1.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 20 vom 26. 1. 1996, S. 23.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 21 vom 27. 1. 1996, S. 40.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 387 vom 31. 12. 1992, S. 1.

⁽⁶⁾ ABl. Nr. L 22 vom 31. 1. 1995, S. 1.

⁽⁷⁾ ABl. Nr. L 108 vom 1. 5. 1993, S. 106.

⁽⁸⁾ ABl. Nr. L 299 vom 12. 12. 1995, S. 1.

ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 29. Januar 1996 zur Änderung der Ausfuhrerstattungen für Getreide, Mehle, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen oder Roggen

<i>(ECU/Tonne)</i>			<i>(ECU/Tonne)</i>		
Erzeugniscode	Bestimmung ⁽¹⁾	Erstattungsbetrag ⁽²⁾	Erzeugniscode	Bestimmung ⁽¹⁾	Erstattungsbetrag ⁽²⁾
0709 90 60 000	—	—	1101 00 11 000	—	—
0712 90 19 000	—	—	1101 00 15 100	—	—
1001 10 00 200	—	—	1101 00 15 130	—	—
1001 10 00 400	—	—	1101 00 15 150	—	—
1001 90 91 000	—	—	1101 00 15 170	—	—
1001 90 99 000	—	—	1101 00 15 180	—	—
1002 00 00 000	01	0	1101 00 15 190	—	—
1003 00 10 000	—	—	1101 00 90 000	—	—
1003 00 90 000	—	—	1102 10 00 500	01	45,00
1004 00 00 200	—	—	1102 10 00 700	—	—
1004 00 00 400	—	—	1102 10 00 900	—	—
1005 10 90 000	—	—	1103 11 10 200	—	— ⁽³⁾
1005 90 00 000	—	—	1103 11 10 400	—	— ⁽³⁾
1007 00 90 000	—	—	1103 11 10 900	—	—
1008 20 00 000	—	—	1103 11 90 200	—	— ⁽³⁾
			1103 11 90 800	—	—

⁽¹⁾ Folgende Bestimmungen sind vorgesehen :

01 alle Drittländer.

⁽²⁾ Die für die Ausfuhr nach der Föderativen Republik Jugoslawien (Serbien und Montenegro) vorgesehenen Erstattungen dürfen nur unter Einhaltung der mit der geänderten Verordnung (EWG) Nr. 990/93 und der Verordnung (EG) Nr. 2815/95 festgelegten Bedingungen gewährt werden.

⁽³⁾ Enthält das Erzeugnis gepreßten agglomerierten Grieß, wird keine Erstattung gewährt.

NB: Die Zonen sind diejenigen, die in der geänderten Verordnung (EWG) Nr. 2145/92 der Kommission (ABl. Nr. L 214 vom 30. 7. 1992, S. 20) bestimmt sind.

II

(Nicht veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte)

KOMMISSION

ENTSCHEIDUNG DER KOMMISSION

vom 12. Januar 1996

zur Änderung der Entscheidung 92/452/EWG betreffend die Listen der für die Ausfuhr von Rinderembryonen in die Gemeinschaft zugelassenen Embryo-Entnahmeeinheiten und Embryo-Erzeugungseinheiten in Drittländern

(Text von Bedeutung für den EWR)

(96/97/EG)

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Richtlinie 89/556/EWG des Rates vom 25. September 1989 über viehseuchenrechtliche Fragen beim innergemeinschaftlichen Handel mit Embryonen von Hausrindern und ihrer Einfuhr aus Drittländern⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Entscheidung 94/113/EG⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 8,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Die Entscheidung 92/452/EWG der Kommission⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Entscheidung 95/335/EG⁽⁴⁾, enthält eine Liste der für die Ausfuhr von Rinderembryonen in die Gemeinschaft zugelassenen Embryo-Entnahmeeinheiten und Embryo-Erzeugungseinheiten in Drittländern.

Gemäß der Richtlinie 89/556/EWG können Drittländer Embryo-Erzeugungseinheiten zulassen, die in vitro

befruchtete oder gezüchtete Embryonen für die Ausfuhr nach der Europäischen Gemeinschaft liefern.

Die zuständigen Behörden Kanadas und der Vereinigten Staaten von Amerika haben Listen bzw. Änderungen zu den Listen der auf ihrem Gebiet zugelassenen Embryo-Entnahmeeinheiten und Embryo-Erzeugungseinheiten übermittelt.

Es ist daher erforderlich, die Liste der zugelassenen Entnahmeeinheiten im Fall Kanadas und der Vereinigten Staaten von Amerika zu ändern.

Die in dieser Entscheidung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ständigen Veterinärausschusses —

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN:

Artikel 1

1. In Teil 1 des Anhangs der Entscheidung 92/452/EWG wird für Kanada folgendes geändert:

a) Folgende Embryo-Entnahmeeinheiten werden hinzugefügt:

Zugelassene Entnahmeeinheiten		Anschrift	Veterinär
Embryo-Entnahme	Embryo-Erzeugung		
„E630		McIntosh Embryo Transfer RR 5 Embros, Ontario	Dr Brian Hill*

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 302 vom 19. 10. 1989, S. 1.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 53 vom 24. 2. 1994, S. 23.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 250 vom 29. 8. 1992, S. 40.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 194 vom 17. 8. 1995, S. 12.

b) Folgende Einheiten :

Zugelassene Entnahmeeinheiten		Anschrift	Veterinär
Embryo-Entnahme	Embryo-Erzeugung		
„E72		Western Ontario Breeders Inc. Woodstock, Ontario	Dr B. Hill
E630		Progressive Dairy Technique Cambridge, Ontario	Dr J. Draper
E733		Boviteq Inc. 1425 Grand rang Saint-François Saint-Hyacinthe Québec J2S 7A9	Dr Daniel Bousquet
E546-MB		Emtech Genetics Ltd Morden, Manitoba ROG 1J0	Dr David Hamilton“

erhalten folgende Fassung :

Zugelassene Entnahmeeinheiten		Anschrift	Veterinär
Embryo-Entnahme	Embryo-Erzeugung		
„E72	E72 (IVF)	Western Ontario Breeders Inc. PO Box 457 Woodstock, Ontario N4S 7Y7	Dr B. Hill
E1020		Progressive Dairy Technique Cambridge, Ontario	Dr J. Draper
E733	E733 (IVF)	Boviteq Inc. 1425 Grand rang Saint-François Saint-Hyacinthe Québec J2S 7A9	Dr Daniel Bousquet
E1266		Embryo Genetics Ltd PO Box 745, Morden, Manitoba R6M 1A7	Dr David Hamilton“

2. In Teil 3 des Anhangs zu der Entscheidung 92/452/EWG wird für die Vereinigten Staaten folgendes geändert :

a) Die folgenden Einheiten werden hinzugefügt :

Zugelassene Entnahmeeinheiten		Anschrift Veterinär	Veterinär
Embryo-Entnahme	Embryo-Erzeugung		
„9SPA081 E536		Evans Veterinary Clinic RR 8, Box 345 Centerville, PA	Dr Jim Evans
9SPA082 E664		Van Dyke Veterinary Clinic 337 N. Foster Road Jackson Center, PA	Dr Todd Van Dyke“

b) Die folgenden Einheiten werden gestrichen :

Zugelassene Entnahmeeinheiten		Anschrift	Veterinär
Embryo-Entnahme	Embryo-Erzeugung		
„94IA076 E608		Trans Ova Genetics RR 1, Box 144A Sioux Centre, IA	Dr Doug K. Lain ^a

c) Die folgende Einheit :

Zugelassene Entnahmeeinheiten		Anschrift	Veterinär
Embryo-Entnahme	Embryo-Erzeugung		
„91IA016 E608		Trans Ova Genetics RR 1, Box 144A Sioux Centre, IA	Dr David Faber ^a

erhält folgende Fassung :

Zugelassene Entnahmeeinheiten		Anschrift	Veterinär
Embryo-Entnahme	Embryo-Erzeugung		
„91IA016 E608	91IA016 IVF	Trans Ova Genetics RR 1, Box 144A Sioux Centre, IA	Dr David Faber ^a

Artikel 2

Diese Entscheidung ist an alle Mitgliedstaaten gerichtet.

Brüssel, den 12. Januar 1996

Für die Kommission
Franz FISCHLER
Mitglied der Kommission

ENTSCHEIDUNG DER KOMMISSION

vom 12. Januar 1996

über eine Finanzhilfe der Gemeinschaft zum Betrieb des gemeinschaftlichen Referenzlaboratoriums für bestimmte Fischkrankheiten (Statens Veterinære Serumlaboratorium, Århus, Dänemark)

(Nur der dänische Text ist verbindlich)

(96/98/EG)

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Entscheidung 90/424/EWG des Rates vom 26. Juli 1990 über bestimmte Ausgaben im Veterinärbereich ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Entscheidung 94/370/EG ⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 28 Absatz 2,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Mit Anhang B der Richtlinie 93/53/EWG des Rates vom 24. Juni 1993 zur Festlegung von Mindestmaßnahmen der Gemeinschaft zur Bekämpfung bestimmter Fischseuchen ⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Akte über den Beitritt Österreichs, Finnlands und Schwedens, wurde das Statens Veterinære Serumlaboratorium, Århus, Dänemark, als gemeinschaftliches Referenzlaboratorium für bestimmte Fischkrankheiten benannt, die in Anhang A der Richtlinie 91/67/EWG des Rates ⁽⁴⁾ aufgeführt sind.

Die Aufgaben und Befugnisse des Laboratoriums sind in Anhang C der Richtlinie 93/53/EWG festgelegt worden. Die Gewährung der Finanzhilfe der Gemeinschaft ist davon abhängig zu machen, daß das Laboratorium diese auch wahrnimmt.

Zur Unterstützung des gemeinschaftlichen Referenzlaboratoriums bei der Wahrnehmung der Aufgaben und Befugnisse gemäß vorgenannter Richtlinie ist eine Finanzhilfe der Gemeinschaft vorzusehen.

Aus Haushaltsgründen ist die Finanzhilfe der Gemeinschaft für die Dauer eines Jahres zu gewähren.

Zu Kontrollzwecken müssen die Artikel 8 und 9 der Verordnung (EWG) Nr. 729/70 des Rates vom 21. April 1970 über die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik ⁽⁵⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2048/88 ⁽⁶⁾, Anwendung finden.

Die in dieser Entscheidung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ständigen Veterinärausschusses —

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Die Gemeinschaft gewährt Dänemark eine Finanzhilfe für die Wahrnehmung der Aufgaben und Befugnisse des gemeinschaftlichen Referenzlaboratoriums für bestimmte Fischkrankheiten gemäß Anhang C der Richtlinie 93/53/EWG.

Artikel 2

Das Statens Veterinære Serumlaboratorium, Århus, Dänemark, nimmt die Aufgaben und Befugnisse gemäß Artikel 1 wahr.

Artikel 3

Die Finanzhilfe der Gemeinschaft wird für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 1996 auf einen Höchstbetrag von 100 000 ECU festgesetzt.

Artikel 4

Die Finanzhilfe der Gemeinschaft wird wie folgt ausbezahlt :

- 70 % als Vorschuß auf Antrag Dänemarks,
- der Restbetrag nach Einreichung von technischen und finanziellen Belegen durch Dänemark. Diese Belege müssen vor dem 1. März 1997 eingereicht werden.

Artikel 5

Die Artikel 8 und 9 der Verordnung (EWG) Nr. 729/70 finden sinngemäß Anwendung.

Artikel 6

Diese Entscheidung ist an das Königreich Dänemark gerichtet.

Brüssel, den 12. Januar 1996

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 224 vom 18. 8. 1990, S. 19.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 168 vom 2. 7. 1994, S. 31.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 175 vom 19. 7. 1993, S. 23.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 46 vom 19. 2. 1991, S. 1.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 94 vom 28. 4. 1970, S. 13.

⁽⁶⁾ ABl. Nr. L 185 vom 15. 7. 1988, S. 1.

ENTSCHEIDUNG DER KOMMISSION

vom 12. Januar 1996

über eine Finanzhilfe der Gemeinschaft zum Betrieb des gemeinschaftlichen Referenzlaboratoriums für die Geflügelpest (Central Veterinary Laboratory, Addlestone, Vereinigtes Königreich)

(Nur der englische Text ist verbindlich)

(96/99/EG)

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Entscheidung 90/424/EWG des Rates vom 26. Juli 1990 über bestimmte Ausgaben im Veterinärbereich⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Entscheidung 94/370/EG⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 28 Absatz 2,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Mit Anhang V der Richtlinie 92/40/EWG des Rates vom 19. Mai 1992 mit Gemeinschaftsmaßnahmen zur Bekämpfung der Geflügelpest⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Akte über den Beitritt Österreichs, Finnlands und Schwedens, wurde das Central Veterinary Laboratory, Addlestone, Vereinigtes Königreich, als gemeinschaftliches Referenzlaboratorium für die Geflügelpest benannt.

Die Aufgaben und Befugnisse des Laboratoriums sind in Anhang V der Richtlinie 92/40/EWG festgelegt worden. Die Gewährung der Finanzhilfe der Gemeinschaft ist davon abhängig zu machen, daß das Laboratorium diese auch wahrnimmt.

Zur Unterstützung des gemeinschaftlichen Referenzlaboratoriums bei der Wahrnehmung der Aufgaben und Befugnisse gemäß vorgenannter Richtlinie ist eine Finanzhilfe der Gemeinschaft vorzusehen.

Aus Haushaltsgründen ist die Finanzhilfe der Gemeinschaft für die Dauer eines Jahres zu gewähren.

Zu Kontrollzwecken müssen die Artikel 8 und 9 der Verordnung (EWG) Nr. 729/70 des Rates vom 21. April 1970 über die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik⁽⁴⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2048/88⁽⁵⁾, Anwendung finden.

Die in dieser Entscheidung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ständigen Veterinärausschusses —

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Die Gemeinschaft gewährt dem Vereinigten Königreich eine Finanzhilfe für die Wahrnehmung der Aufgaben und

Befugnisse des gemeinschaftlichen Referenzlaboratoriums für die Geflügelpest gemäß Anhang V der Richtlinie 92/40/EWG.

Artikel 2

Das Central Veterinary Laboratory, Addlestone, Vereinigtes Königreich, nimmt die Aufgaben und Befugnisse gemäß Artikel 1 wahr.

Artikel 3

Die Finanzhilfe der Gemeinschaft wird für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 1996 auf einen Höchstbetrag von 80 000 ECU festgesetzt.

Artikel 4

Die Finanzhilfe der Gemeinschaft wird wie folgt ausbezahlt :

- 70 % als Vorschuß auf Antrag des Vereinigten Königreichs,
- der Restbetrag nach Einreichung von technischen und finanziellen Belegen durch das Vereinigte Königreich. Diese Belege müssen vor dem 1. März 1997 eingereicht werden.

Artikel 5

Die Artikel 8 und 9 der Verordnung (EWG) Nr. 729/70 finden sinngemäß Anwendung.

Artikel 6

Diese Entscheidung ist an das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland gerichtet.

Brüssel, den 12. Januar 1996

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 224 vom 18. 8. 1990, S. 19.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 168 vom 2. 7. 1994, S. 31.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 167 vom 22. 6. 1992, S. 1.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 94 vom 28. 4. 1970, S. 13.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 185 vom 15. 7. 1988, S. 1.

ENTSCHEIDUNG DER KOMMISSION

vom 12. Januar 1996

über eine Finanzhilfe der Gemeinschaft zum Betrieb des gemeinschaftlichen Referenzlaboratoriums zur Durchführung von Analysen und Tests bei Milch und Erzeugnissen auf Milchbasis (Laboratoire Central d'Hygiène Alimentaire, Paris, Frankreich)

(Nur der französische Text ist verbindlich)

(96/100/EG)

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Entscheidung 90/424/EWG des Rates vom 26. Juli 1990 über bestimmte Ausgaben im Veterinärbereich⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Entscheidung 94/370/EG⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 28 Absatz 2,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Mit Anhang D Kapitel I der Richtlinie 92/46/EWG des Rates vom 16. Juni 1992 mit Hygienevorschriften für die Herstellung und Vermarktung von Rohmilch, wärmebehandelter Milch und Erzeugnissen auf Milchbasis⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Akte über den Beitritt Österreichs, Finnlands und Schwedens, wurde das Laboratoire Central d'Hygiène Alimentaire, Paris, Frankreich, als gemeinschaftliches Referenzlaboratorium zur Durchführung von Analysen und Tests bei Milch und Erzeugnissen auf Milchbasis benannt.

Die Aufgaben und Befugnisse des Laboratoriums sind in Anhang D Kapitel II der Richtlinie 92/46/EWG festgelegt worden. Die Gewährung der Finanzhilfe der Gemeinschaft ist davon abhängig zu machen, daß das Laboratorium diese auch wahrnimmt.

Zur Unterstützung des gemeinschaftlichen Referenzlaboratoriums bei der Wahrnehmung der Aufgaben und Befugnisse gemäß vorgenannter Richtlinie ist eine Finanzhilfe der Gemeinschaft vorzusehen.

Aus Haushaltsgründen ist die Finanzhilfe der Gemeinschaft für die Dauer eines Jahres zu gewähren.

Zu Kontrollzwecken müssen die Artikel 8 und 9 der Verordnung (EWG) Nr. 729/70 des Rates vom 21. April 1970 über die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik⁽⁴⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2048/88⁽⁵⁾, Anwendung finden.

Die in dieser Entscheidung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ständigen Veterinärausschusses —

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Die Gemeinschaft gewährt Frankreich eine Finanzhilfe für die Wahrnehmung der Aufgaben und Befugnisse des gemeinschaftlichen Referenzlaboratoriums zur Durchführung von Analysen und Tests bei Milch und Erzeugnissen auf Milchbasis gemäß Anhang D Kapitel II der Richtlinie 92/46/EWG.

Artikel 2

Das Laboratoire Central d'Hygiène Alimentaire, Paris, Frankreich, nimmt die Aufgaben und Befugnisse gemäß Artikel 1 wahr.

Artikel 3

Die Finanzhilfe der Gemeinschaft wird für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 1996 auf einen Höchstbetrag von 100 000 ECU festgesetzt.

Artikel 4

Die Finanzhilfe der Gemeinschaft wird wie folgt ausbezahlt :

- 70 % als Vorschuß auf Antrag Frankreichs,
- der Restbetrag nach Einreichung von technischen und finanziellen Belegen durch Frankreich. Diese Belege müssen vor dem 1. März 1997 eingereicht werden.

Artikel 5

Die Artikel 8 und 9 der Verordnung (EWG) Nr. 729/70 finden sinngemäß Anwendung.

Artikel 6

Diese Entscheidung ist an die Französische Republik gerichtet.

Brüssel, den 12. Januar 1996

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 224 vom 18. 8. 1990, S. 19.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 168 vom 2. 7. 1994, S. 31.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 268 vom 14. 9. 1992, S. 1.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 94 vom 28. 4. 1970, S. 13.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 185 vom 15. 7. 1988, S. 1.

ENTSCHEIDUNG DER KOMMISSION

vom 12. Januar 1996

über eine Finanzhilfe der Gemeinschaft zum Betrieb des gemeinschaftlichen Referenzlaboratoriums für Zoonosen-Epidemiologie (Bundesinstitut für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärmedizin — vormals „Institut für Veterinärmedizin“ genannt — Berlin, Deutschland)

(Nur der deutsche Text ist verbindlich)

(96/101/EG)

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Entscheidung 90/424/EWG des Rates vom 26. Juli 1990 über bestimmte Ausgaben im Veterinärbereich⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Entscheidung 94/370/EG⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 28 Absatz 2,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Mit Anhang IV Kapitel I der Richtlinie 92/117/EWG des Rates vom 17. Dezember 1992 über Maßnahmen zum Schutz gegen bestimmte Zoonosen bzw. ihre Erreger bei Tieren und Erzeugnissen tierischen Ursprungs zur Verhütung lebensmittelbedingter Infektionen und Vergiftungen⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Akte über den Beitritt Österreichs, Finnlands und Schwedens, wurde das Bundesinstitut für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärmedizin (vormals „Institut für Veterinärmedizin“) in Berlin, Deutschland, als gemeinschaftliches Referenzlaboratorium für Zoonosen-Epidemiologie benannt.

Die Aufgaben und Befugnisse des Laboratoriums sind in Anhang IV Kapitel II der Richtlinie 92/117/EWG festgelegt worden. Die Gewährung der Finanzhilfe der Gemeinschaft ist davon abhängig zu machen, daß das Laboratorium diese auch wahrnimmt.

Zur Unterstützung des gemeinschaftlichen Referenzlaboratoriums bei der Wahrnehmung der Aufgaben und Befugnisse gemäß vorgenannter Richtlinie ist eine Finanzhilfe der Gemeinschaft vorzusehen.

Aus Haushaltsgründen ist die Finanzhilfe der Gemeinschaft für die Dauer eines Jahres zu gewähren.

Zu Kontrollzwecken müssen die Artikel 8 und 9 der Verordnung (EWG) Nr. 729/70 des Rates vom 21. April 1970 über die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik⁽⁴⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2048/88⁽⁵⁾, Anwendung finden.

Die in dieser Entscheidung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ständigen Veterinärausschusses —

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die Gemeinschaft gewährt Deutschland eine Finanzhilfe für die Wahrnehmung der Aufgaben und Befugnisse des gemeinschaftlichen Referenzlaboratoriums für Zoonosen-Epidemiologie gemäß Anhang IV Kapitel II der Richtlinie 92/117/EWG.

Artikel 2

Das Bundesinstitut für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärmedizin (vormals „Institut für Veterinärmedizin“) in Berlin, Deutschland, nimmt die Aufgaben und Befugnisse gemäß Artikel 1 wahr.

Artikel 3

Die Finanzhilfe der Gemeinschaft wird für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 1996 auf einen Höchstbetrag von 100 000 ECU festgesetzt.

Artikel 4

Die Finanzhilfe der Gemeinschaft wird wie folgt ausbezahlt:

- 70 % als Vorschuß auf Antrag Deutschlands,
- der Restbetrag nach Einreichung von technischen und finanziellen Belegen durch Deutschland. Diese Belege müssen vor dem 1. März 1997 eingereicht werden.

Artikel 5

Die Artikel 8 und 9 der Verordnung (EWG) Nr. 729/70 finden sinngemäß Anwendung.

Artikel 6

Diese Entscheidung ist an die Bundesrepublik Deutschland gerichtet.

Brüssel, den 12. Januar 1996

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission⁽¹⁾ ABl. Nr. L 224 vom 18. 8. 1990, S. 19.⁽²⁾ ABl. Nr. L 168 vom 2. 7. 1994, S. 31.⁽³⁾ ABl. Nr. L 62 vom 15. 3. 1993, S. 38.⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 94 vom 28. 4. 1970, S. 13.⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 185 vom 15. 7. 1988, S. 1.

ENTSCHEIDUNG DER KOMMISSION

vom 12. Januar 1996

über eine Finanzhilfe der Gemeinschaft zum Betrieb des gemeinschaftlichen Referenzlaboratoriums für die Newcastle-Krankheit (Central Veterinary Laboratory, Addlestone, Vereinigtes Königreich)

(Nur der englische Text ist verbindlich)

(96/102/EG)

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Entscheidung 90/424/EWG des Rates vom 26. Juli 1990 über bestimmte Ausgaben im Veterinärbereich⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Entscheidung 94/370/EG⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 28 Absatz 2,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Mit Anhang V der Richtlinie 92/66/EWG des Rates vom 14. Juli 1992 über Gemeinschaftsmaßnahmen zur Bekämpfung der Newcastle-Krankheit⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Akte über den Beitritt Österreichs, Finnlands und Schwedens, wurde das Central Veterinary Laboratory, Addlestone, Vereinigtes Königreich, als gemeinschaftliches Referenzlaboratorium für die Newcastle-Krankheit benannt.

Die Aufgaben und Befugnisse des Laboratoriums sind in Anhang V der Richtlinie 92/66/EWG festgelegt worden. Die Gewährung der Finanzhilfe der Gemeinschaft ist davon abhängig zu machen, daß das Laboratorium diese auch wahrnimmt.

Zur Unterstützung des gemeinschaftlichen Referenzlaboratoriums bei der Wahrnehmung der Aufgaben und Befugnisse gemäß vorgenannter Richtlinie ist eine Finanzhilfe der Gemeinschaft vorzusehen.

Aus Haushaltsgründen ist die Finanzhilfe der Gemeinschaft für die Dauer eines Jahres zu gewähren.

Zu Kontrollzwecken müssen die Artikel 8 und 9 der Verordnung (EWG) Nr. 729/70 des Rates vom 21. April 1970 über die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik⁽⁴⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2048/88⁽⁵⁾, Anwendung finden.

Die in dieser Entscheidung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ständigen Veterinärausschusses —

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die Gemeinschaft gewährt dem Vereinigten Königreich eine Finanzhilfe für die Wahrnehmung der Aufgaben und Befugnisse des gemeinschaftlichen Referenzlaboratoriums für die Newcastle-Krankheit gemäß Anhang V der Richtlinie 92/66/EWG.

Artikel 2

Das Central Veterinary Laboratory, Addlestone, Vereinigtes Königreich, nimmt die Aufgaben und Befugnisse gemäß Artikel 1 wahr.

Artikel 3

Die Finanzhilfe der Gemeinschaft wird für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 1996 auf einen Höchstbetrag von 100 000 ECU festgesetzt.

Artikel 4

Die Finanzhilfe der Gemeinschaft wird wie folgt ausbezahlt:

- 70 % als Vorschuß auf Antrag des Vereinigten Königreichs,
- der Restbetrag nach Einreichung von technischen und finanziellen Belegen durch das Vereinigte Königreich. Diese Belege müssen vor dem 1. März 1997 eingereicht werden.

Artikel 5

Die Artikel 8 und 9 der Verordnung (EWG) Nr. 729/70 finden sinngemäß Anwendung.

Artikel 6

Diese Entscheidung ist an das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland gerichtet.

Brüssel, den 12. Januar 1996

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 224 vom 18. 8. 1990, S. 19.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 168 vom 2. 7. 1994, S. 31.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 260 vom 5. 9. 1992, S. 1.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 94 vom 28. 4. 1970, S. 13.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 185 vom 15. 7. 1988, S. 1.

BERICHTIGUNGEN**Berichtigung der Verordnung (EG) Nr. 3223/94 der Kommission vom 21. Dezember 1994
mit Durchführungsbestimmungen zur Einfuhrregelung für Obst und Gemüse**

(Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 337 vom 24. Dezember 1994)

Seite 68, Artikel 5 Absatz 1 erste Zeile:

anstatt: „Der Einfuhrpreis, zu dem die Erzeugnisse ...“

muß es heißen: „Der Einfuhrpreis, zu dem die im Anhang aufgeführten Erzeugnisse ...“
